

# Stadtverordnetenwahl!

## Wählerinnen und Wähler!

- Warum müßt Ihr Sozialdemokraten in die Stadtverordnetenversammlung wählen?
- Weil die Sozialdemokraten stets die Interessen aller Arbeitnehmer und kleinen Leute vertreten haben!

Aller Fortschritt wurde von Sozialdemokraten veranlaßt.

Nachte Interessenpolitik, Hemmnisse und Rückschritt auf wirtschaftlichen und kulturellen Gebieten kennzeichnen die Tätigkeit der bürgerlichen Stadtverordneten.

Trotz der ungünstigen Finanzlage der Stadt hat die sozialdemokratische Rathausmehrheit in den verfloßenen drei Jahren zum Segen der Stadt und ihrer Einwohner gewirkt.

Die Sozialdemokraten haben ausgeräumt mit der Vetternwirtschaft einer kleinen anmaßenden Bürgerclique, die die Stadt als messende Kuh betrachtet (gegenseitige Zuschauung städtischer Aufträge usw.), aber die Steuern ständig von sich und ihren Klassengenossen auf die Schultern der breiten, minderbemittelten Massen abzuwälzen trachtet.

Sozialdemokraten waren es z. B., die mit Ausdauer und Zähigkeit die maßlosen Forderungen der Haus- und Grundbesitzer bekämpften und dafür sorgten, daß die

## Wohnungs- und Geschäftsraum- mieten

nicht ins Ungemessene gesteigert wurden.

Sozialdemokraten waren es, die alle Bestrebungen auf Forderung oder Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft bislang abgeschlagen haben.

Das alles hat der Sozialdemokratie den Haß der bürgerlichen

## Haus- und Grundbesitzer

eingetragen, die sich mit Hilfe hoher Mieten ein arbeitsloses Einkommen und sorgenlosen Lebensunterhalt sichern möchten.

Weil ihnen dieser Plan von der SPD zuhanden gemacht wurde, verbreiten sie wieder die alte Lüge von der sozialdemokratischen Mißwirtschaft im Rathaus.

Die Sozialdemokraten haben trotz größten Selbstmangels das Menschennögliche auf dem Gebiete der

## Arbeitsbeschaffung

geleistet.

In jedem Jahre haben die sozialdemokratischen Stadtverordneten ein

## Wohnungsbauprogramm

gefordert und durchgeführt. Umfangreiche Kanal- und Straßenbauten brachten dem Handwerk und der Arbeiterschaft Lohn und Brot. Die sozialdemokratischen Stadtverordneten haben sich mit aller Kraft den bürgerlichen „Sparvorschlägen“ widersetzt, die nicht nur eine Verblüderung der städtischen Straßen und Baulichkeiten, sondern eine empfindliche Schädigung Braunschweiger Gewerbetreibender und Arbeiter im Gefolge gehabt hätten.

Sozialdemokraten waren es auch, die das städtische Armen- und Almosenwesen beseitigten und dafür das Fürsorgerecht der Bedürftigen und die Fürsorgspflicht der Gemeinden schufen.

Die Fürsorgenausgaben der Stadt betragen gegenwärtig über ein Drittel der städtischen Staatsmittel. Trotzdem haben die sozialdemokratischen Stadtverordneten eine

## Erhöhung der Fürsorge- Nicht- fücke beschlossen

weil die ungeheure Notlage der Opfer der Wirtschaftskrise dies gebieterisch erforderte. Die Stadt darf ihre erwerbslosen und hilfsbedürftigen Einwohner nicht einfach verhungern und verelenden lassen oder auf die Bahn des Verbrechens treiben.

## Die Stadt als sozialer Arbeitgeber

hat mit verständnisvoller Hilfe der sozialdemokratischen Stadtverordneten die Fragen der Besoldungsreform, der

